

An der Stadtgrenze zu Moers

## 7000 Unterschriften gegen den Surfpark

11. September 2022 um 18:00 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Fridays for Future (FFF) ruft am Freitag, 23. September, zur Demo auf. Foto: Lammertz, Thomas (lamm)

**Krefeld/Moers. Gegner des Großprojekts an der Stadtgrenze zu Moers haben eine Rüge gegen die Bezirksregierung eingereicht. Worauf diese fußt und warum Fridays for Future wieder auf die Straße geht.**

Von Jens Voss und Julia Hagenacker

Die Gegner des Surfpark-Projekts am Elfrather See geben nicht auf: Ratsfrau Björna Althoff hat mit Umweltorganisationen aus Krefeld bei der Bezirksregierung eine Rüge zur 8. Änderung des Regionalplans, die Grundlage für den Bau des Surfparks sein soll, eingereicht. Sie machen „beachtliche Mängel im Abwägungsvorgang und beachtliche Verletzungen der Umweltschutzvorschriften geltend“, heißt es in einer Erklärung der Initiatoren.

Sind sie erfolgreich, können die Einreicher gegen die Regionalplanänderung klagen. Auch die Krefelder Grünen unterstützen die Initiative. Sie haben sich im Rat letztlich auch gegen den Surfpark ausgesprochen. Das Instrument der Rüge ist Voraussetzung dafür, dass man später gegen die Änderung des Regionalplans klagen kann. Man muss dazu binnen eines Jahres nach der Änderung seine Bedenken geäußert haben.

Zur Erklärung: Der Surfpark soll in Krefeld an der Ostseite des Elfrather Sees, nördlich des Badesees, entstehen, sozusagen direkt vor der Moerser Haustür. Der Projektentwickler Elakari will – vorbehaltlich der finalen Zustimmung des Krefelder Rates – sein Pilotprojekt mit Gastronomie, Camping, Naherholung und Events bis zum Jahr 2024 auf 90.000 Quadratmetern Fläche realisieren.

In Moers sorgen sich Politik und Verwaltung um die Verkehrsführung. Befürchtet wird, dass viele Besucherinnen und Besucher den Surfpark von der A57-Abfahrt Kapellen über die Kaldenhausener Straße in Vennikel und den Reitweg auf Krefelder Stadtgebiet ansteuern werden.

Die Initiatoren der nun eingereichten Rüge gegen die Projektpläne bemängeln unter anderem, dass sogenannte Schutzgüter im Umweltbericht aufgeführt werden, ohne konkret zu prüfen, ob und wie diese Schutzgüter (gemeint sind Ressourcenschutz, Energieeffizienz, Energieeinsparung, Verringerung der Treibhausgasemissionen) durch die Planung beeinträchtigt werden könnten, erläutert Althoff, die parteilos im Rat ist und Sprecherin von Fridays for Future Krefeld.

Das könnte Sie auch interessieren

Das Bild zeigt ein Video-Thumbnail mit einem dunklen, rissigen Hintergrund. In der oberen linken Ecke befindet sich ein weißes Quadrat mit dem Text 'Welche Auswirkungen niedrige Pegelstände in Flüssen mit sich bringen'. In der oberen rechten Ecke ist das Logo 'RP' in einem gelben Quadrat zu sehen. In der Mitte des Bildes steht in großen, gelben und weißen Buchstaben der Titel 'NIEDRIGE PEGELSTÄNDE und ihre Auswirkungen'. Ein weißer Play-Button ist über dem Text platziert. In der unteren linken Ecke steht das Logo 'glomex' und in der unteren rechten Ecke ist ein Zeitcode '02:39' in einem weißen Kasten zu sehen.

Einer der Haupteinwände: Der „erhebliche Energieverbrauch“ von Surfparks verzögere die Energiewende. Die Bezirksregierung sei darauf nicht eingegangen mit der Begründung, die Regionalplanung sei für dieses Thema nicht zuständig. „Das widerspricht sämtlichen Gesetzen und Dokumenten zur Raumplanung“, argumentiert Althoff, die Regionalplanung sei im Gegenteil über die Flächenverteilung etwa für Windkraft- und Solaranlagen elementar wichtig für die Energiewende. Für die Umweltverbände sei es zudem nicht hinnehmbar, dass die Bezirksregierung offenbar unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe bei der Kiebitzgefährdung anlege.

Wurden 2013 Windkraftanlagen am Elfrather See durch die Bezirksregierung wegen einer Kiebitzpopulation verhindert, würden nun beim Surfpark keinerlei Bedenken geäußert. Die Einwander erwarten daher, dass die Bezirksregierung eine erneute Umweltprüfung vornimmt.

Die grüne Ratsfraktion in Krefeld stützt die Rüge: „Die Tatsache, dass zwar in diversen Gesetzen Klimaschutzziele festgelegt werden, diese aber in den konkreten Verfahren weder auf regionalplanerischer Ebene noch auf Ebene des Bebauungsplanverfahrens hinreichend in die Abwägung mit einfließen, ist angesichts der Klimakrise nicht hinnehmbar“, erklärt dazu Grünen-Fraktionschefin Julia Müller.

Derweil geht die Klimaschutzbewegung Fridays for Future (FFF) am Freitag, 23. September, wieder global und zu Fuß auf die Straße. Auch Krefeld beteiligt sich an dem weltweiten Klimastreik. „Die FFF-Ortsgruppe ruft auf, um 14.30 Uhr zum Hauptbahnhof zu kommen, um dort als erste große Laufdemo seit der Coronapandemie zu starten“, heißt es in einer FFF-Erklärung. Zugleich bleibt der Surfpark für die Krefelder Ortsgruppe Angriffsziel Nummer eins: FFF teilt mit, dass die Gegner des Projekts mittlerweile 7000 Unterschriften gegen den Surfpark gesammelt hätten.

Weiter heißt es, eine Petition von Befürwortern haben keine 3500 Stimmen erreicht. FFF appelliert an die Bürger, sich mit diesen Zahlen an die Ratsvertreter zu wenden, die das Projekt befürworten. Die Fraktionen von SPD, CDU und FDP werden aufgefordert, „noch einmal ganz stark intern zu diskutieren, ob sie ein gutes Gefühl haben, mit einer Mehrheit im Rat den Bevölkerungswillen zu repräsentieren“.

## Frage der Woche: Glauben Sie, dass die Ampelkoalition platzen wird?



**RP ONLINE**



Indirekt wird damit bezweifelt, dass die Mehrheit im Rat in der Causa Surfpark eine Mehrheit der Bevölkerung widerspiegelt. Im Krefelder Rat haben mit CDU, SPD, FDP und AFD 41 von 58 Stimmen für den Bau des Surfparks votiert – das ist eine Mehrheit von 71 Prozent.